

**Niederschrift der 39. Sitzung der Gemeindevertretung Am Mellensee
am Dienstag, den 17.01.2023 im Sitzungssaal der Gemeindeverwaltung,
Zossener Straße 21c, 15838 Am Mellensee**

öffentlicher Teil

Beginn: 19:01 Uhr bis 21:30 Uhr

Teilnehmer:

Bürgermeister
Broshog, Frank

Fraktion DIE LINKE
Kruppa, Judith
Schulze, Doreen

Fraktion CDU
Porath, Dargo
Rarrasch, Torsten
Thiele, Andreas

Fraktion SPD
-

Fraktion UWG
Boss, Theo
Borkowski, Wilfried
Kosicki, Thomas
Pehnert, Dirk
Schuster, Antje
Tscherwinka, Maik

Freie Wähler
Hänsel, Milan ab 19:11 Uhr

AfD
Elsner, Dieter

Entschuldigt: Janke, Tobias DIE LINKE
Koch, Ingo SPD
Daske, Bert SPD

Unentschuldigt:

Verwaltung: Berkholz, Patrizia (Teamleiterin Haupt- und Schulamt)
Gast, Ulrike (Teamleiterin Kämmerei)
Gonschorek, Carolin (Teamleiterin Ordnungsamt)
Reetz, Thomas (Teamleiter Bauverwaltung)
Zehler, Sven (Schriftführer)

Anw. geladene Gäste: Freitel, Marius (Gemeindebrandmeister)
Kalk, Maik (MK Dienstleistungen)
Klimke, Philip (Blümel & Klimke GbR)

Tagesordnung öffentlicher Teil

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und Beschlussfähigkeit
3. Änderungsanträge zur Tagesordnung - öffentlicher Teil -
4. Einwendungen zu Niederschriften der vergangenen Sitzungen - öffentlicher Teil -
5. Bericht des Bürgermeisters
6. Einwohnerfragestunde
7. Bekanntgabe / Vorstellung des neuen Gemeindebrandmeisters in der Gemeinde Am Mellensee
8. BSV 181/39/2023 - Berufung einer sachkundigen Einwohnerin in den Finanz- und Wirtschaftsausschuss
9. BSV 182/39/2023 - Beschluss der Vergabe der Verpachtung zu Betrieb/ Bewirtschaftung des Strandbades am Mellensee, im OT Mellensee
10. Antrag auf BSV - Revidierung des Beschlusses 372/35/2022 zu PV-Anlagen auf Freiflächen (CDU)
11. Antrag auf BSV - Anpassung Leitkonzept und öffentlichkeitswirksamer Hinweis auf fehlende Kitaplatze in der Gemeinde Am Mellensee (UWG)
12. Antrag auf BSV / Diskussion - Prüfung neue Standortwahl für Sportanlagen Grundschule Sperenberg (UWG)
13. Antrag auf BSV - unverzügliche Prüfung / Kostenanalyse Kitaneubau(ten) in der Gemeinde Am Mellensee und Einstellung aller notwendigen Kosten in die Haushaltssatzung 2023 und Plan 2024 bis 2026 (UWG)
14. Antrag auf BSV - Zufriedenheitsumfragen in den Kitas (Eltern + Personal) und für alle Verwaltungsangestellte der Gemeinde Am Mellensee (UWG)
15. Antrag auf BSV - Anschaffung digitaler Tafelsysteme für die Grundschulen der Gemeinde Am Mellensee und Einstellung in den Haushalt 2023 (UWG)
16. Antrag auf BSV - Umgang mit Arbeitsaufträgen aus den Fachausschüssen und Ortsbeiräten durch die Verwaltung (UWG) - **TOP wird entfernt**
17. Antrag auf BSV - Kreditaufnahme der Gemeinde Am Mellensee für die derzeit schon bezifferbaren Projekte des Haushaltsjahres 2023 und der kommenden Jahre (UWG)
18. Diskussion über die Einführung des papierlosen Sitzungsdienstes und ggf. Erteilung des Auftrages an die Verwaltung zur Vorbereitung einer Beschlussvorlage
19. Anfragen der Mitglieder der Gemeindevertretung
20. Sonstiges

Zu 1. Eröffnung und Begrüßung

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Tscherwinka, eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und wünscht allen ein gesundes neues Jahr.

Weiterhin gibt er bekannt, dass der Gemeindevertreter Udo Wildenhein von allen politischen Ämtern zurückgetreten und an dieser Position Herr Torsten Rarrasch als Gemeindevertreter für die Fraktion CDU nachgerückt ist. Der neue Gemeindevertreter Herr Torsten Rarrasch wird in diesem Zuge entsprechend den Vorschriften durch den Vorsitzenden der Gemeindevertretung vereidigt. Außerdem wird die Neubesetzung der Fraktion CDU in den einzelnen Gremien kurz vorgestellt. Herr Dargo Porath wird neben dem Finanz- und Wirtschaftsausschuss zusätzlich Mitglied im Hauptausschuss, Herr Torsten Rarrasch Mitglied im Bildungs-, Sozial- und Kulturausschuss und Herr Andreas Thiele neben dem Rechnungsprüfungsausschuss zusätzlich Mitglied im Bauausschuss. Herr Dargo Porath übernimmt ebenfalls den Fraktionsvorsitz der CDU.

Zu 2. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und Beschlussfähigkeit

Herr Tscherwinka stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Es sind 13 Gemeindevertreter anwesend.

Zu 3. Änderungsanträge zur Tagesordnung - öffentlicher Teil -

Der Vorsitzende der Fraktion UWG nimmt den Tagesordnungspunkt 16 von der Tagesordnung, da sich der zugehörige Antrag noch in der Abstimmung befinde und verschiebt den TOP auf die kommende Sitzung.

Zu 4. Einwendungen zu Niederschriften der vergangenen Sitzungen - öffentlicher Teil -

Es liegen keine Einwände zu den Niederschriften der 37. sowie 38. Sitzung der Gemeindevertretung - öffentlicher Teil - vor.

Zu 5. Bericht des Bürgermeisters

Der Bürgermeister berichtet über folgende Punkte:

- Sachstand „Mobiles Arbeiten“:
 - laufende Vorbereitungen zur Umsetzung der Thematik
 - Gespräche mit dem Personalrat am vergangenen Donnerstag erfolgt
 - finale Fassung der entsprechenden Dienstvereinbarung liegt vor
 - ⇒ Vorlage zur Beschlussfassung im Personalrat
 - anschließend individuelle Vereinbarungen mit den betroffenen Mitarbeitern
 - Mitteilung über weitere Schritte in der kommenden Sitzung im Februar
- Sachstand Kita-Hort-Kombi (Mellensee):
 - Gespräch mit Investor LP Gesamtbau am kommenden Tag
 - ⇒ vertraglich vereinbarte Miete aufgrund der gestiegenen Baukosten sowie der aktuellen Situation am Finanzmarkt nicht mehr durch den Investor haltbar (erste Informationen dazu bereits im Hauptausschuss erfolgt)
 - Überprüfung der vorliegenden Neukalkulation durch den Fachanwalt Dr. Wrase erfolgt
 - ⇒ Kostenerhöhungen sind durch den Investor nachgewiesen worden
- Sachstand Kita-Bau (Klausdorf):
 - Gespräche mit dem Investor Mitra
 - ⇒ keine Möglichkeit der Umsetzung des 2. Teils vom B-Plan, da keine Finanzierung durch ein Kreditinstitut
 - ⇒ Grundstück wird der Gemeinde zur Verfügung gestellt, um selbst eine Kita zu bauen
- Auszeichnungsveranstaltung der Freiwilligen Feuerwehr:
 - Termin: 17.03.2023 im Märkischen Landmann
 - ⇒ persönliche Einladungen folgen in den kommenden Tagen

Zu 6. Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung erinnert an die offenen Anfragen aus der Einwohnerfragestunde der vergangenen Sitzung, welche noch nachträglich durch die Verwaltung beantwortet werden mögen.

Der Gemeindevertreter Milan Hänsel betritt den Sitzungssaal um 19:11 Uhr.
Es sind nun 14 Gemeindevertreter anwesend.

Es liegt eine schriftliche Anfrage eines Mitgliedes aus der Fraktion SPD vor, in welcher gefragt wird, ab wann das Verbot für die selbstbeschafften Getränkeautomaten in den einzelnen Orten wieder durch die Verwaltung aufgehoben wird.

Der Bürgermeister erklärt, dass es dazu noch keinen Termin gebe und dies erst mit dem Gemeindebrandmeister besprochen werden sollte.

Ein Mitglied der Fraktion CDU ergänzt, dass noch nie ein Kamerad während bzw. nach einem Einsatz verdursten musste und möchte damit den angesprochenen Sachverhalt aus der schriftlichen Anfrage richtigstellen.

Ein Einwohner aus Klausdorf und zugleich Kinder- und Jugendbeauftragter der Gemeinde äußert sich zum TOP 15 der Tagesordnung und merkt in diesem Zusammenhang an, dass das Schulsystem überholt und nicht mehr zeitgemäß sei. Weiterhin fehle es neben den Kita-Plätzen auch an Schulplätzen, was auch bereits bekannt sei. Es werde diesbezüglich zwar an entsprechenden Räumlichkeiten gearbeitet, jedoch fehle es ebenfalls an qualifizierten Lehrkräften. Im Interesse der Gemeinde sollte deshalb auch an der Personalgewinnung gearbeitet werden z.B. durch eine bessere Schulausstattung, auch wenn es nicht in die Zuständigkeit der Verwaltung falle.

Ein Einwohner aus Rehagen erklärt, dass sämtliche Glascontainer in der Gemeinde restlos überfüllt sind und möchte wissen, was man dagegen unternimmt.

Der Bürgermeister antwortet, dass das Problem bereits in der Verwaltung bekannt sei, jedoch der SBAZV für die Entsorgung nicht zuständig sei, sondern ein anderes Unternehmen, welches jedoch nicht erreichbar sei. Der Landkreis sei diesbezüglich informiert worden. Man hoffe auf schnellstmögliche Lösung des Problems.

Eine Einwohnerin aus Sperenberg bezieht sich auf die geplante Zufriedenheitsumfrage in den Kitas unter dem TOP 14 der Tagesordnung und schlägt in diesem Zusammenhang vor, dass man evtl. auch die Kinder mit einbeziehen sollte.

Der Vorsitzende des BSK-Ausschusses erklärt, dass die Umfrage zusammen mit den Elternsprechern erarbeitet werde und dass man den Vorschlag in diesem Zuge mit aufnehmen könne. Man werde den Hinweis auf jeden Fall berücksichtigen.

Eine Einwohnerin aus Sperenberg nimmt Bezug auf den TOP 15 und merkt dazu an, dass die Anschaffung digitaler Tafelsysteme eine hohe Priorität für die Gemeinde haben müsse. Die Kinder wachsen in der heutigen Zeit bereits digital auf, jedoch hänge die Gemeinde bei der Umsetzung der Digitalisierung deutlich hinterher. Durch die Anschaffung digitaler Tafelsysteme bzw. mit modern ausgestatteten Schulen habe man einen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Kommunen und könne so möglicherweise neue Lehrkräfte anlocken.

Zu 7. Bekanntgabe/Vorstellung des neuen Gemeindebrandmeisters in der Gemeinde Am Mellensee

Der Bürgermeister erklärt, dass man sich im Kreise der Ortswehrführer zusammengefunden habe, um einen neuen Gemeindebrandmeister für die Gemeinde zu bestimmen, da der bisherige Gemeindebrandmeister Herr Jens Giller sein Amt zum Jahreswechsel aus persönlichen Gründen niedergelegt hat. In diesem Zusammenhang spricht er dem ehemaligen Gemeindebrandmeister Herrn Jens Giller für die vergangenen 11 Jahre seinen Dank für die angenehme Zusammenarbeit sowie seinen vollsten Respekt aus, da die Aufgabe auch nicht immer einfach war. Dies wird mit großen Applaus im Sitzungssaal bestätigt.

Im Ergebnis der Anhörung der einzelnen Ortswehrführer wurde Herr Marius Freitel als neuer Gemeindebrandmeister für die Gemeinde am Mellensee bestimmt. Dieser ist seit dem 01.01.2023 in seinem neuen Ehrenamt tätig. Der Bürgermeister überreicht Herrn Marius Freitel die Ernennungsurkunde sowie die entsprechenden Schulterstücke und sieht der zukünftigen Zusammenarbeit positiv entgegen. Die Aufgabe der Feuerwehr sei mit dieser Neubesetzung in guten Händen.

Herr Marius Freitel bedankt sich für die Ernennung zum Gemeindebrandmeister und freut sich auf die nächsten 6 Jahre. Er selbst ist seit 27 Jahren Mitglied der freiwilligen Feuerwehr. Auch er bedankt sich bei Herrn Jens Giller für die gute jahrelange Zusammenarbeit. Er habe zusammen mit der Gemeindevertretung einen großen Beitrag im Bereich Brandschutz für die Gemeinde in

den vergangenen Jahren geleistet. Falls es Fragen, Anregungen oder Probleme gebe, könne Herr Freitel jederzeit kontaktiert werden.

Zu 8. BSV 181/39/2023 - Berufung einer sachkundigen Einwohnerin in den Finanz- und Wirtschaftsausschuss

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung erklärt zu dieser Beschlussvorlage, dass Herr Rarrasch bisher sachkundiger Einwohner im FW-Ausschuss war und dieser Platz durch seinen Wechsel in die Gemeindevertretung freigeworden ist. Die Fraktion CDU schlägt deshalb die Einwohnerin Frau Brigitta Meisel vor.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU stellt die vorgeschlagene Einwohnerin kurz vor. Frau Meisel wohne im Ortsteil Mellensee und sei seit 10 Jahren Partei-Mitglied der CDU. Aufgrund der Führung eines Transportunternehmens über 23 Jahre, habe sie reichlich Erfahrung im Wirtschaftsbereich.

Beschluss-Nr.: 408/39/2023

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beruft gemäß § 43 Abs. 4 BbgKVerf auf Vorschlag der Fraktion CDU die nachfolgende sachkundige Einwohnerin in den ständigen, beratenden Ausschuss:

- FW-Ausschuss: Frau Brigitte Meisel

<u>Abstimmungsverhältnis:</u>	14 Ja-Stimmen	
	0 Nein-Stimmen	
	0 Enthaltungen	angenommen

Zu 9. BSV 182/39/2023 - Beschluss der Vergabe der Verpachtung zu Betrieb/ Bewirtschaftung des Strandbades am Mellensee, im OT Mellensee

Beschluss-Nr.: 409/39/2023

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt das Rederecht für die geladenen Gäste Herrn Kalk (MK Dienstleistungen) sowie Herrn Klimke (Blümel & Klimke GbR) zum Tagesordnungspunkt 09 des öffentlichen Teils der Sitzung.

<u>Abstimmungsverhältnis:</u>	14 Ja-Stimmen	
	0 Nein-Stimmen	
	0 Enthaltungen	angenommen

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung erklärt, dass die beiden favorisierten Interessenten Ihre überarbeiteten Konzepte vorgelegt haben.

Der Ortsbeirat Mellensee spricht sich mehrheitlich für den Unternehmer MK Dienstleistungen aus.

Nachdem die beiden Interessenten zunächst ihre Konzepte im Hauptausschuss im vergangenen Jahr vorstellen konnten, wurden zwischenzeitlich weitere Gespräche mit den Interessenten zusammen mit einem neu gebildeten Gremium aus Mitgliedern der Gemeindevertretung (Frau Kruppa, Herr Pehnert, Herr Tscherwinka, Herr Broshog) u.a. bzgl. der geänderten Fördermittelbedingungen durch das LELF geführt.

Ein Mitglied der Fraktion UWG erklärt, dass die Vergabe des Strandbades eigentlich schon abgeschlossen sein sollte, jedoch aufgrund nachträglicher aufgetauchter Dokumente (Baugenehmigung) bzw. geänderter Fördermittelbedingen durch das LELF verschoben werden musste. Deshalb musste mit den beiden Interessenten erneut ins Gespräch gegangen werden, um diese über den aktuellen Stand in Kenntnis zu setzen. Einige Bedingungen, wie z.B. die Nutzung der vorhandenen Fremdenzimmer, haben sich mittlerweile zum Positiven gewendet. Die Interessenten wurden daraufhin gebeten ihre Konzepte dementsprechend anzupassen. Die Rückmeldung

der Unteren Naturschutzbehörde bzgl. der Stellplätze für die Camper sei jedoch noch offen. Bei der letzten Gesprächsrunde wurden die Inhalte des Pachtvertrages im Zusammenhang mit den geänderten Bedingungen besprochen. Leider liegt zu der heutigen Sitzung kein mit den Interessenten abgestimmter Pachtvertrag von der Verwaltung vor, so dass in den Augen der Fraktion UWG die heutige Abstimmung über den neuen Pächter für das Strandbad sehr grenzwertig sei. Die UWG schlage deshalb vor, dass der Vertragsentwurf unverzüglich mit beiden Interessenten bis zur kommenden Sitzung des Hauptausschusses am 06.02.2023 ausgehandelt und allen Mitgliedern der Gemeindevertretung vorab zur Kenntnisnahme zur Verfügung gestellt wird. In der kommenden Sitzung der Gemeindevertretung (evtl. Sondersitzung) solle dann erst über die Verpachtung des Strandbades entschieden werden, wenn dann auch der abgestimmte Pachtvertrag vorliegt.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung ergänzt, dass zum ersten Termin des Hauptausschusses im September insgesamt vier Interessensbekundungen vorlagen. Bei der ersten Vorstellungsrunde sind drei Interessenten davon erschienen, so dass man sich ein erstes Bild von den Bewerbern machen konnte. Ein Bewerber hatte andere Vorstellungen bzgl. der Betreuung eines Strandbades, so dass man sich im Hauptausschuss letztendlich auf zwei Favoriten fokussiert habe, mit denen die Gespräche über das Gremium fortgesetzt wurden.

Ein Mitglied der Fraktion UWG kritisiert die unzureichende Vorarbeit der Verwaltung, da der Vertragsentwurf zur heutigen Sitzung nicht vorliegt. Um eine Entscheidung zur Verpachtung des Strandbades treffen zu können, sollten die individuell abgestimmten Pachtverträge bereits vorliegen. Deshalb müsse man die Interessenten bzgl. der Entscheidung aus Sicht der UWG leider nochmal vertrösten. Die Verwaltung habe bis zum Hauptausschluss die Möglichkeit, den entsprechenden Vertragsentwurf auszuarbeiten und der Gemeindevertretung vorzulegen.

Der Bürgermeister erklärt, dass es aufgrund unterschiedlicher Vorstellungen bzw. Konzepte der Interessenten möglicherweise auch zwei unterschiedliche und individuelle abgestimmte Pachtverträge geben könne. Deshalb war die Vorlage eines finalen Vertragsentwurfes bis zur heutigen Sitzung nicht möglich.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung entschuldigt sich für die Unannehmlichkeiten, da er diesen Punkt aufgrund des Zeitdruckes auf die Tagesordnung gesetzt hat.

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE erklärt, dass man sich in Bezug auf die vorliegende Beschlussvorlage in der heutigen Sitzung nur für eines der beiden vorliegenden Konzepte entscheiden solle und im Anschluss die Vertragsverhandlung mit dem Favoriten stattfinden sollen. Die grundsätzlichen Vertragsbedingungen wurden bereits in den Vorgesprächen mit den Interessenten abgestimmt. Es stellt sich die Frage, warum man vorab zwei individuelle Pachtverträge verhandeln solle, wenn es schlussendlich nur einen Pächter gibt.

Ein Mitglied der Fraktion UWG halte es dennoch bedenklich, ohne einen Vertragsentwurf in die Ausschreibung zu gehen. Es müsse bei einer Vergabe bzw. Ausschreibung eine einheitliche Vertragsgrundlage für alle Interessenten geben.

Der Bürgermeister bestätigt die Aussage der Fraktion DIE LINKE, da die detaillierte Vertragsverhandlung erst nach dieser Entscheidung stattfinden sollten. Die Verfahrensweise hat man bisher immer so angewandt und auch entsprechende Ergebnisse erzielt. Vom Grundsatz her seien alle Eckdaten für den Pachtvertrag mit den beiden Interessenten besprochen worden. In diesem Zusammenhang gibt er bekannt, dass laut Aussage der Bauverwaltung die beantragten Fördermittel zur Fertigstellung des Objektes bewilligt wurden. Weiterhin weist der Bürgermeister darauf hin, dass hierzu keine Ausschreibung, sondern nur ein Interessenbekundungsverfahren durchgeführt wurde. Die Rückmeldung der Unteren Naturschutzbehörde stehe immer noch aus.

Ein Mitglied der Fraktion UWG bittet die beiden anwesenden Interessenten um deren Meinung zu der aktuellen Diskussion bzgl. des Pachtvertrages. Sie sollen entscheiden, ob der Vertrag vorab erarbeitet werden solle.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung erklärt, dass in der letzten Gesprächsrunde sämtliche Eckpunkte des Vertrages besprochen wurden, auch die noch unsicheren Punkte. Es lag jedoch kein Vertragsentwurf vor. Wie solle man einen finalen Vertrag erarbeiten, wenn noch einige Punkte aufgrund der ausstehenden Rückmeldung der UNB des Landkreises bzgl. der Stellplätze für die Camper ungeklärt sind. Man sei bei der Erstellung bzw. Vertragsunterzeichnung demzufolge abhängig vom Landkreis.

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE kritisiert die aktuell geführte Diskussion, da dadurch nur Zeit geschunden werde. Die Gemeindevertretung habe die Aufgabe sich für ein bevorzugtes Konzept

zu entscheiden. Danach werde ein individueller Vertrag verhandelt. Es sei unnötig mit beiden Interessenten einen Vertrag zu verhandeln. Dies sei auch den Bewerbern gegenüber nicht ganz fair. Über den finalen Vertrag werde im Hauptausschuss erst noch entschieden.

Der Ortsvorsteher Mellensee kann diese Diskussion nicht nachvollziehen, da beim Strandbad Klausdorf der gleiche Ablauf stattfand. Erst wurde sich ein Bewerber entschieden, mit dem dann im Nachgang der Vertrag verhandelt wurde.

Die Teamleiterin des Hauptamtes erklärt, dass man sich heute aufgrund der vorliegenden Konzepte für einen Bewerber entscheiden sollte, mit dem dann der fertige Vertrag ausgehandelt werden solle.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung befragt nun die beiden Bewerber nach deren Meinung dazu.

Herr Kalk von MK Dienstleistungen erklärt, dass zwar alle Eckpunkte in den vorherigen Gesprächsrunden besprochen wurden, jedoch wäre ein Vertragsentwurf vorab wünschenswert gewesen, da man damit die genannten Bedingungen schriftlich vorliegen hätte und weil eben noch viele Punkte ungeklärt sind. Die mögliche Pachthöhe sei von den finalen Vertragsbedingungen bzw. Nutzungsmöglichkeiten des Strandbades abhängig, welche aktuell noch nicht vollständig feststehen. Eine zeitnahe Entscheidung sei jedoch aufgrund der persönlichen Zukunftsplanung von Vorteil.

Herr Klimke von Blümel & Klimke GbR schließt sich dieser Meinung ebenfalls an. Aus seiner Sicht mache es am meisten Sinn mit dem Bewerber in die individuellen Vertragsverhandlungen zugehen, für dessen Konzept man sich entscheidet, es sei denn die Gemeindevertretung lege grundsätzlich alle Eckpunkte einheitlich fest.

Ein Mitglied der Fraktion UWG nimmt nochmal Stellung zu der Aussage des Ortsvorstehers Mellensee und erklärt, dass man aktuell genauer auf solche Sachen achte, da in der Vergangenheit viele Fehler gemacht wurden, die man zukünftig vermeiden möchte.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung bittet nun um Abstimmung zu dem Antrag der Fraktion UWG bzgl. der Vertagung der Entscheidung, bis ein Vertragsentwurf durch die Verwaltung verhandelt wurde.

Beschluss-Nr.: 410/39/2023

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt, die Entscheidung über die Verpachtung des Strandbades bis zur Vorlage eines durch die Verwaltung ausgefertigten und durch die Interessenten akzeptierten Vertragsentwurfes, jedoch spätestens bis zur nächsten Sitzung der Gemeindevertretung, zu vertagen.

Der Vertragsentwurf soll mit beiden Interessenten abgestimmt, bis zur Sitzung des Hauptausschusses am 06.02.2023 von der Verwaltung vorgelegt und allen Mitgliedern der Gemeindevertretung vorab zur Kenntnis gegeben werden.

Abstimmungsverhältnis:

6 Ja-Stimmen

6 Nein-Stimmen

2 Enthaltungen

abgelehnt

Somit ist der Antrag der UWG abgelehnt.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung bittet nun um Vorabstimmung für einen der beiden Bewerber.

Die Gemeindevertreterin Doreen Schulze verlässt das Gremium aufgrund von Befangenheit um 19:51 Uhr.

Es sind nun 13 Gemeindevertreter anwesend.

Vorabstimmung (1) für einen Bewerber:

MK Dienstleistungen:

6 Stimmen

Blümel & Klimke GbR:

6 Stimmen

1 Enthaltung

unentschieden

Die Teamleiterin des Haupt- und Schulamtes erklärt, dass man sich in dieser Situation innerhalb der Gemeindevertretung so lange beraten müsse, bis eine eindeutige Entscheidung gefällt werden könne.

Der Bürgermeister schlägt vor, die Meinung des Ortsbeirates Mellensee mit in die Abstimmung einzubeziehen. Somit würde die Entscheidung auf MK Dienstleistungen fallen.

Die Teamleiterin des Haupt- und Schulamtes beanstandet diese Idee, da der Ortsbeirat innerhalb der Gemeindevertretung nicht stimmberechtigt ist. Diese Stimme müsste ein Mitglied der Gemeindevertretung übernehmen.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung unterbricht die Sitzung um 19:55 Uhr für 5 Minuten, damit sich die Fraktionen noch einmal kurz darüber beraten können.

Um 20:01 Uhr wird die Sitzung fortgesetzt.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung bittet erneut um die gleiche Abstimmung.

Vorabstimmung (2) für einen Bewerber:

MK Dienstleistungen:	6 Stimmen	
Blümel & Klimke GbR:	6 Stimmen	
	1 Enthaltung	unentschieden

Ein Mitglied der Fraktion UWG erklärt, dass er sich bei der Abstimmung enthalten habe, da er das Verfahren fragwürdig finde und zunächst den Vertragsentwurf abwarten möchte.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung vertagt aufgrund der erfolglosen Abstimmungen die Entscheidung auf die kommende Sitzung.

Die Gemeindevertreterin Doreen Schulze betritt das Gremium um 20:03 Uhr.

Es sind nun 14 Gemeindevertreter anwesend.

Zu 10. Antrag auf BSV - Revidierung des Beschlusses 372/35/2022 zu PV-Anlagen auf Freiflächen (CDU)

Der Fraktion CDU möchte nochmal zurück in den vorherigen TOP, um sich dem gestellten Antrag der UWG nachträglich anzuschließen.

Die Teamleiterin des Haupt- und Schulamtes beanstandet dieses Vorgehen, da bereits über den Antrag abgestimmt wurde man sich bereits in einem neuem TOP befinde.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung ergänzt, dass der Antrag zur Erarbeitung eines Vertragsentwurfes durch die Verwaltung dennoch zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses eingereicht werden kann.

Der Einreicher des Antrages unter dem aktuellen TOP erklärt, dass der Auslöser für diesen Antrag die Verzögerung bei der Überarbeitung des Flächennutzungsplanes aufgrund der fehlenden Finanzierung in Folge der Ablehnung durch die Fördermittelstelle sei. Man spreche hier wahrscheinlich über einen Zeitraum von mehreren Jahren. Aufgrund dieser geänderten Bedingungen sollten Photovoltaik-Anlagen nicht mehr grundsätzlich abgelehnt werden, sondern Einzelfallentscheidungen bei vorliegenden Anträgen getroffen werden, um die Entwicklung bzw. den Fortschritt in der Gemeinde bzgl. erneuerbarer Energien nicht vollständig aufzuhalten. Man sollte dies nicht vom Flächennutzungsplan abhängig machen. Es gebe schon Investoren, die eine Photovoltaik-Anlage auf Grünflächen in der Gemeinde errichten möchten.

Der Bürgermeister korrigiert die Aussage, da es sich laut Beschluss um Freiflächen und nicht um Grünflächen bzw. Ackerflächen handle.

Ein Mitglied der Fraktion CDU erklärt, dass nach Rücksprache mit dem Geschäftsführer der Agrargesellschaft Sperenberg weitere kleinere Ackerflächen mit schlechten Erträgen bzw. Boden-

werten für Photovoltaik-Anlagen zur Verfügung gestellt werden sollen. Aufgrund des fehlenden Regens in den vergangenen fünf Jahren bzw. der fehlenden Bewässerungsmöglichkeiten werfen diese Flächen kaum noch Erträge ab. Durch die PV-Anlagen könnte die Gemeinde zudem zusätzliche Steuereinnahmen generieren.

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE erklärt, dass die Gemeindevertretung und nicht die Investoren über erneuerbaren Energien entscheiden sollte. Man sollte sich dahingehend nicht beeinflussen lassen. Da die Überarbeitung des Flächennutzungsplanes aktuell nicht möglich sei, schlage sie vor, den ursprünglichen Beschluss abzuändern. Es wäre zum Beispiel möglich eine separate Richtlinie für die Umsetzung von PV-Anlagen zu erarbeiten, in der alle Aspekte und Vorstellungen der Gemeinde, wie z.B. prozentuale Bodenanteile, Arten von PV-Anlagen Berücksichtigung finden. In diesem Zusammenhang schlägt die Fraktion DIE LINKE vor, dass der Beschlusstext zum Beschluss 372/35/2022 wie folgt abgeändert wird: Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt, die Verwaltung damit zu beauftragen, einen Beschluss über die Änderung des Beschlusses 372/35/2022 vorzubereiten. Diese Änderung soll sich im Wesentlichen auf die Erarbeitung einer Richtlinie für die Nutzung von Freiflächen für PV-Anlagen beziehen.

Ein Mitglied der Partei AfD erklärt, dass die vom Antragsteller erwähnten Zahlen bzgl. der Erträge für die Gemeinde nicht nachvollziehbar seien. Er spreche da aus Erfahrung, da er privat selbst eine PV-Anlage nutze und die Sonne relativ wenig scheint.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Erträge für die Gemeinde im EEG konkret geregelt sei. Pro KWh gebe es eine Beteiligung der Kommunen an den Erträgen von 0,2 Ct/KWh pro Jahr. Bei einer Windanlage betrage dies ca. 30 Tsd. Euro, wenn es denn vertraglich vereinbart wurde. Bei einer PV-Anlage mit einer Fläche von 1 ha komme man auf einen jährlichen Ertrag von ca. 1000 €. Zudem sei ein bestimmter Verfahrensverlauf einzuhalten, da man sonst gegen Kopplungsgeschäfte verstoße. In diesem Zusammenhang müsse die Anlage zunächst bestätigt werden und das zugehörige B-Plan-Verfahren (Außenbereich) durchgeführt werden. Erst dann sei laut Gesetz erst eine Verhandlung der Kommunen mit den Betreibern möglich. Mit der Änderung im EEG 2023 bestehe nun die Möglichkeit solche Verhandlungen mit den Betreibern auch für bereits bestehende Anlagen zu führen und evtl. noch ein paar Einnahmen zu erzielen.

Ein Mitglied der Fraktion UWG merkt an, dass man im Vorfeld wichtige Kriterien in einen Fragenkatalog klären bzw. festlegen sollte, bevor man diesen Beschluss fasse. Dazu gehören u.a. der Sitz des Betreibers oder die Vertragskonditionen.

Der Bürgermeister ergänzt, dass diese Eckdaten größtenteils im städtebaulichen Vertrag sowie im Erschließungsvertrag festgehalten werden. Man sollte sicherstellen, dass der Betreiber seinen Sitz hier in der Gemeinde hat.

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE stellt einen zur Geschäftsordnung mit folgendem Wortlaut: Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt, die Verwaltung damit zu beauftragen, einen Beschluss über die Änderung des Beschlusses 372/35/2022 vorzubereiten. Diese Änderung soll sich im Wesentlichen auf die Erarbeitung einer Richtlinie für die Nutzung von Freiflächen für PV-Anlagen beziehen.

Ein Mitglied der Fraktion CDU erklärt, dass die vorab genannten Werte aus dem Jahr 1935 stammen. Er schlägt vor, Herrn Genssler zu einer der nächsten Sitzungen einzuladen, damit alle Fragen bzgl. der von der Agrargesellschaft Sperenberg geplanten Photovoltaik-Anlagen zu besprechen. Laut Vertrag werde die Agrargesellschaft Betreiber der PV-Anlage sein, so dass die Erträge der Gemeinde zufließen. Es müsse sowieso über jeden B-Plan, welcher auch für die Errichtung von PV-Anlagen notwendig ist, entschieden werden, so dass man keine Angst haben müsse, dass alle Grünflächen bzw. Freiflächen mit PV-Anlagen vollgestellt werden.

Der Bürgermeister erklärt, dass er dem Antrag der CDU folgen könne, da man damit die Entwicklung der erneuerbaren Energien nicht mehr hindere und die entsprechenden Festlegungen zu den einzelnen Verfahren immer durch die Gemeindevertretung umgesetzt werden müssen.

Ein Mitglied der Fraktion UWG ergänzt, dass man aufgrund der geänderten Sachlage bzgl. der Überarbeitung des Flächennutzungsplanes den Beschluss fassen sollte, um die entsprechenden Flächen für PV-Anlagen freizugeben, da man die potentiellen Investoren auch nicht ewig hinhalten könne.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung kommt zunächst zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE.

Beschluss-Nr.: 411/39/2023

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt, die Verwaltung damit zu beauftragen, einen Beschluss über die Änderung des Beschlusses 372/35/2022 vorzubereiten. Diese Änderung soll sich im Wesentlichen auf die Erarbeitung einer Richtlinie für die Nutzung von Freiflächen für PV-Anlagen beziehen.

Abstimmungsverhältnis:

7 Ja-Stimmen	
7 Nein-Stimmen	
0 Enthaltungen	abgelehnt

Es wird nun über den eingereichten Antrag der CDU abgestimmt. Der Vorsitzende der Fraktion UWG beantragt eine namentliche Abstimmung.

Beschluss-Nr.: 412/39/2023

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt die Revidierung des Beschlusses 372/35/2022 zu PV-Anlagen auf Freiflächen.

Abstimmungsverhältnis:

5 Ja-Stimmen	
7 Nein-Stimmen	
2 Enthaltungen	abgelehnt

Ja-Stimmen:	T. Kosicki, F. Broshog, A. Thiele, D. Porath, T. Rarrasch
Nein-Stimmen:	M. Hänsel, A. Schuster, D. Pehnert, T. Boss, M. Tscherwinka, J. Kruppa, D. Schulze
Enthaltungen:	D. Elsner, W. Borkowski

Zu 11. Antrag auf BSV - Anpassung Leitkonzept und öffentlichkeitswirksamer Hinweis auf fehlende Kitaplätze in der Gemeinde Am Mellensee (UWG)

Der Einreicher des Antrages erklärt, dass es für Eltern sinnvoll sei, auf die fehlenden Kita-Plätze in unserer Gemeinde deutlich auf dem Internetauftritt der Gemeinde hinzuweisen, damit Familien, welche in die Gemeinde ziehen möchten, vorab über die brisante Lage in Kenntnis gesetzt werden.

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE warnt vor solchen schriftlichen Hinweisen, da sich die Lage ständig ändere. Man habe zwar als Gemeinde die Verantwortung die entsprechenden Kita-Plätze zu stellen, jedoch haben sich die Familien, welche in die Gemeinde ziehen, selbstständig vorab darüber zu informieren. Deshalb möge der im Antrag vorgeschlagene Hinweis dahingegen abgeändert werden. Besser wäre die Formulierung, dass sich die Eltern rechtzeitig über die Kapazitäten bzgl. der Kita-Plätze informieren sollten. Somit verhindere man, dass die Gemeinde nicht schlecht dargestellt werde.

Es findet eine kurze Diskussion bzgl. des Hinweises innerhalb des Leitkonzeptes auf der Homepage statt.

Der Bürgermeister weist auf das Alter des durch die Gemeindevertretung beschlossenen Leitkonzeptes hin. Man habe sich damals bei der Planung an der Prognose des statistischen Bundesamtes orientiert. Entgegen der prognostizierten sinkenden Einwohnerzahlen in den Folgejahren ist es jedoch zu einem deutlichen Anstieg der Einwohnerzahlen gekommen. Er stimme zu, dass entsprechende Hinweise erforderlich sind, jedoch nicht in einzelnen Positionen des Leitkonzeptes. Das Leitkonzept sollte jedoch mal vollständig überarbeitet und auf die heutige Situation angepasst werden.

Der Einreicher des Antrages schlägt vor, dass die dramatischen Zahlen aus dem Beschlussvorschlag weggelassen werden. Die Verwaltung solle sich bzgl. des öffentlichkeitswirksamen Hinweises selbstständig Gedanken und könne selbst entscheiden, was auf die Homepage gestellt wird.

Der Bürgermeister erklärt, dass wohlmöglich schon durch die anwesende MAZ-Reporterin eine öffentliche Information erfolgen werde. Man arbeite derzeit schnellstmöglich an einer Lösung für

dieses Problem. Dies sei mittlerweile ein bundesweites Problem, da man von der Entwicklung in den einzelnen Kommunen in den vergangenen Jahren völlig überrascht wurde.

Ein Mitglied der Fraktion UWG erinnert daran, dass man im Zuge des B-Planverfahrens „Rehagener Bahnhofstraße“ bereits auf die Gefahr der fehlenden Kita-Plätze hingewiesen habe, jedoch damals nicht ernst genommen wurde. Aufgrund der aktuellen Entwicklung bzw. Situation sei diese Diskussion völlig indiskutabel. Weiterhin wird kritisiert, dass man sich nur auf die damaligen Prognosen verlassen habe und die Entwicklung der Einwohnerzahlen nicht dauerhaft im Blick hatte. Dadurch hätte man evtl. auch viel früher reagieren können.

Ein Mitglied der Fraktion CDU erklärt, dass solche Schuldzuweisungen an den Bürgermeister aktuell nicht förderlich seien, um dieses Problem zu lösen.

Der Antragsteller nimmt vor der Beschlussfassung die entsprechenden Änderungen in dem Beschlussvorschlag vor.

Beschluss-Nr.: 413/39/2023

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt:

Der Bürgermeister wird beauftragt, unverzüglich auf der Internetseite der Gemeinde und im Amtsblatt einen öffentlichkeitswirksamen Hinweis einzustellen, der auf die derzeitige brisante Lage der fehlenden Kitaplätze verweist. Außerdem ist das veröffentlichte Leitkonzept unverzüglich mit diesem Hinweis gut sichtbar zu ergänzen. Bei Bauanträgen/ Nutzungsänderung soll dieser Hinweis ebenfalls direkt an die Bauherren erfolgen. Diese Hinweise sind bis zur Behebung des Problems zu veröffentlichen.

Abstimmungsverhältnis:

13 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

1 Enthaltungen

angenommen

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass die Verwaltung mit diesem Beschluss berechtigt ist, das ursprünglich durch die Gemeindevertretung beschlossene Leitkonzept anzupassen. Er schlägt vor, dass nicht das Leitkonzept selbst verändert, sondern nur ein entsprechender Hinweis an der Stelle des Leitkonzeptes auf der Homepage eingestellt wird.

Es findet diesbezüglich eine weitere Diskussion statt.

Zu 12. Antrag auf BSV / Diskussion - Prüfung neue Standortwahl für Sportanlagen Grundschule Sperenberg (UWG)

Der Antragsteller erklärt, dass man seit langem auf die neuen Sportanlagen warte. In diesem Zuge denke man über eine vorsorgliche Verschiebung dieser Sportanlagen an eine andere Position auf dem Schulgelände nach, damit die Hauptwege nicht versperrt werden. Aus diesem Grund solle ein Prüfauftrag (z.B. Bodenbeschaffenheit) bzgl. Umsetzung der Sportanlagen an die Verwaltung vergeben werden.

Der Bürgermeister erklärt, dass durch die Verlegung der Anlagen hinter das Spielfeld möglicherweise die Zufahrtsmöglichkeit für die Feuerwehrfahrzeuge bei traditionellen Veranstaltungen wie z.B. das Mai-Feuer nicht mehr gegeben sei.

Der Antragsteller ergänzt, dass z.B. die Wegbreite in diesem Zusammenhang mit geprüft werden solle.

Ein Mitglied der Fraktion CDU erklärt, dass sich die Gemeinde evtl. mal Gedanken für die zukünftige Nutzung der vollständigen Fläche in Form eines Gesamtkonzeptes unter Beteiligung des Ortsbeirates machen solle.

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE schlägt vor, dass der Prüfauftrag evtl. um einen möglichen Schulneubau erweitert werden könnte.

Der Antragsteller erklärt, dass durch diesen Vorschlag die Umsetzung der Sportanlagen nur unnötig verzögert werde.

Ein Mitglied der Fraktion UWG erklärt, dass man sich im Ortsbeirat Sperenberg im Zuge der geplanten Maßnahmen zur Erweiterung des Bauhofes mit der Thematik Schul- bzw. Horte-erweite-

rung auseinandergesetzt und in diesem Zusammenhang über eine mögliche Verlegung des kompletten Bauhofes an einen anderen Standort in der Gemeinde nachgedacht habe, damit die aktuelle Fläche des Bauhofes z.B. für die Schule bzw. Hort genutzt werden könne. Ein entsprechender Antrag an die Gemeindevertretung sei diesbezüglich schon in Arbeit. Er würde diesem Beschluss zustimmen, da im Zuge der möglichen Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes für diese Fläche die Sportanlagen möglicherweise stören würden, wenn sie zentral angelegt werden. Möglicherweise müsste man bei einer nachträglichen Umsetzung der Anlage im Zuge der Umsetzung eines Gesamtkonzeptes in Zukunft bereits bewilligte Fördermittel für diese Sportanlagen zurückerstatten. Deshalb solle dieser Prüfauftrag an die Verwaltung erteilt werden, in der alle Aspekte berücksichtigt werden.

Beschluss-Nr.: 414/39/2023

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt:

Der Bürgermeister wird beauftragt, umgehend alle Kosten zu ermitteln, die als Mehraufwand aufgrund eines geänderten Baugrundes entstehen, wenn die beiden Sportanlagen (60m Bahn und Weitsprunganlage) der Schule Sperenberg nicht am alten Standort, sondern am anderen Ende des Sportplatzes errichtet werden (siehe Anlage 01). Wichtig ist die bedenkenlose Realisierung an diesem Standort und die geplante Fertigstellung im 1. HJ 2023, sowie die schriftliche Einverständniserklärung der Fördermittelstelle. Die Zuarbeit erfolgt zur Sitzung der Gemeindevertreter im Februar 2023 oder vorher per Mail.

Abstimmungsverhältnis:

13 Ja-Stimmen

1 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

angenommen

Zu 13. Antrag auf BSV - unverzügliche Prüfung / Kostenanalyse Kitaneubau(ten) in der Gemeinde Am Mellensee und Einstellung aller notwendigen Kosten in die Haushaltssatzung 2023 und Plan 2024 bis 2026 (UWG)

Der Einreicher des Antrages erklärt, dass diese Beschlussvorlage aufgrund der vom Bürgermeister erwähnten Probleme bzgl. der durch die Investoren geplanten Kitaneubauten in der Gemeinde von der Verwaltung selbst hätte vorgelegt werden müssen. Da dies nicht geschehen ist, sehe man sich gezwungen, dies eigenständig in die Hand nehmen.

Beschluss-Nr.: 415/39/2023

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt:

Im Falle, dass es bis zum 31.01.2023 für die derzeit 3 geplanten und vertraglich vereinbarten Kitas (Rehagen, Klausdorf und Mellensee) keine verbindlichen Zusagen der Vorhabenträger gibt, die Einrichtungen bis zum Sommer 2024 in Betrieb zu nehmen, wird der Bürgermeister damit beauftragt, unverzüglich eine Standort-, Machbarkeits-, Kosten- und Finanzierungsanalyse für eine kommunale Schaffung der Kitaplätze bis Sommer 2024 für den bis dahin zu erwartenden Fehlbedarf zu erarbeiten. Die ermittelten und notwendigen Kosten werden in die Haushaltssatzung 2023 und Haushaltsplan 2024 eingestellt und entsprechend der Verträge bei den Vorhabenträgern geltend gemacht. Die Gemeindevertretung wird monatlich ab Februar 2023 in einem separaten TOP in jeder GV über den aktuellen Stand informiert.

Abstimmungsverhältnis:

11 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

3 Enthaltungen

angenommen

Zu 14. Antrag auf BSV - Zufriedenheitsumfragen in den Kitas (Eltern + Personal) und für alle Verwaltungsangestellte der Gemeinde Am Mellensee (UWG)

Der Vorsitzende der Fraktion UWG erklärt, dass der Antrag zur Zufriedenheitsumfrage aus dem BSK-Ausschuss komme. Die letzte Umfrage wurde im Jahr 2020 durchgeführt. Dies sollte jedoch in Zukunft regelmäßig erfolgen. Die Personalumfrage in der Kernverwaltung soll zusätzlich ergänzt werden, sei jedoch freiwillig für alle Verwaltungsmitarbeiter. Federführend sei der BSK-Ausschuss, wobei die ersten beiden Umfragen zusammen mit den Elternvertretern und die Umfrage für die Kernverwaltung gemeinsam mit dem Personalrat abgestimmt werden.

Beschluss-Nr.: 416/39/2023

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt:

Der BSK-Ausschuss führt federführend 3 Onlinebefragungen über einen Zeitraum von 4 Wochen im März/April 2023 durch.

Umfrage 1: Elternumfrage in den Kitas der Gemeinde Am Mellensee

Umfrage 2: Personalumfrage in den Kitas der Gemeinde Am Mellensee

Umfrage 3: Personalumfrage in der Kernverwaltung der Gemeinde am Mellensee

Abstimmungsverhältnis:

14 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

angenommen

Zu 15. Antrag auf BSV - Anschaffung digitaler Tafelsysteme für die Grundschulen der Gemeinde Am Mellensee und Einstellung in den Haushalt 2023 (UWG)

Der Einreicher des Antrages erklärt, dass sich die Umsetzung des Digitalpaktes leider zu sehr in die Länge ziehe, da es mit der notwendigen Verkabelung nicht so einfach sei. Die geplanten neuen Tafelsysteme benötigen nicht zwingend eine Verkabelung bzw. einen Internetzugang. Man könne diese jedoch temporär über einen mobilen Hotspot ins Internet einbinden. Aufgrund der in der Einwohnerfragestunde genannten Argumente möge dieser Beschluss in Verbindung mit der Beschaffung schnellstmöglich umgesetzt werden.

Das Mitglied der Partei AfD hinterfragt, wer die Kosten für die technische Bereitstellung der mobilen Hotspots übernehme.

Ein Mitglied der Fraktion UWG erklärt, dass die digitalen Tafelsysteme auch über ein eigenes WLAN-Netzwerk der Tafeln mit anderen Endgeräten in der Nähe kommunizieren können.

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE hinterfragt, warum es denn zu den Verzögerungen bei der Umsetzung des Digitalpaktes komme und ob es wohlmöglich zu einer Kürzung der Fördermittel komme, wenn die Tafelsysteme, welche bereits im Konzept des Digitalpaktes enthalten sind, vorab selbst beschafft werden.

Ein Mitglied der Fraktion UWG erklärt, dass der Digitalpakt aufgrund der Verkabelung stocke. Laut den Richtlinie dürfen mobile Endgeräte erst beschafft werden, wenn die Verkabelung fertig gestellt wurde. Laut Aussage des Bundes- bzw. Landesministerium könne man jedoch einen begründeten Antrag auf vorzeitige Beschaffung der Endgeräte bei der Fördermittelstelle (ILB) stellen. Nach anschließender Rücksprache der ILB mit dem zuständigen Ministerium werde dieser Antrag dann in der Regel bewilligt. Man müsse den Antrag allerdings stellen. Es sollen auch nur die nötigen Tafelsysteme beschafft werden, die nicht bereits im Digitalpakt enthalten sind. Dafür solle im Vorfeld auch der aktuelle Bedarf ermittelt werden. Es werden dadurch keine Fördermittel verschwendet.

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE bittet darum, dass dieser Hinweis bzgl. der vorzeitigen Beschaffung nach Rücksprache und Genehmigung durch die Fördermittelstelle im Beschlusstext mit aufgenommen werde.

Der Antragsteller erklärt, dass die eingeplanten finanziellen Mittel in Höhe von 80 Tsd. Euro nicht für alle benötigten Tafelsysteme ausreichen werden. Weiterhin darf der Digitalpakt laut Richtlinie nicht nur die Kosten für die Verkabelung enthalten. Der Digitalpakt habe ein Endprodukt, bestehend aus den funktionierenden digitalen Endgeräten inkl. Verkabelung, als Ziel.

Ein Mitglied der Fraktion CDU rate dringend davon ab, von dem vorhandenen Medienkonzept abzuweichen. Zum einen sei das Konzept aus einem Gremium entstanden, bei dem auch die Lehrer sowie die Schulkonferenz beteiligt waren, zum anderen bringe es nichts, eine interaktive Tafel ohne Internet zu nutzen, da dies dann nichts mit dem interaktiven Lernen zu tun habe. Der Frust der Lehrer und Schüler werde groß sein, wenn die Tafeln noch nicht im vollen Umfang und für die entsprechende Lernzwecke genutzt werden können. Grundsätzlich befürworte er jedoch diese Tafelsysteme, wenn sie dann richtig funktionieren. Er sieht die Beschaffung als verfrüht an. Ein Mitglied der Fraktion UWG erklärt, dass laut Antrag nur die Tafelsysteme angeschafft werden sollen, die noch dicht im Digitalpakt berücksichtigt sind. In Mellensee kommen diese interaktiven Tafeln auch ohne Internet bereits zum Einsatz. Die Kinder profitieren dennoch davon, da sich die Lehrer zum Teil selbst über einen mobilen Hotspot mit der Tafel verbinden und somit ein interaktives Lernen stattfinden kann.

Der Bürgermeister informiert darüber, dass vor 8 Wochen eine Anlaufberatung beim Landkreis zur Erschließung der Schulen durch die deutsche Telekom im Zusammenhang mit dem Weiße-Flecken-Programm stattgefunden habe. Durch die Blockade von Zossen sei man über Jahre in dieser Situation zurückgeworfen worden. Man habe von der Telekom die Aussage erhalten, dass die Schulen vorrangig angeschlossen werden sollen. Dies solle allerdings im Zeitraum bis Ende 2024 erfolgen. Man habe in der Gemeinde jedoch einen alternativen Internetversorger, der zukünftig alle Privathaushalte in der Gemeinde mit Glasfaseranschlüssen ausstatten wird. In einem persönlichen Gespräch habe man ein Angebot für die zusätzliche Erschließung der Schulen angefordert, welches bisher leider viel zu teuer war. Eine Rückmeldung der Firma DNS:Net bzgl. eines angefragten Sonderpreises für Kommunen stehe noch aus.

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE äußert Ihre Zweifel bzgl. des vorliegenden Antrages, da man noch keine Ahnung habe, was dies der Gemeinde kosten wird oder ob es irgendwelche Auswirkung auf den Digitalpakt bzw. die Fördermittel habe. Dies sollte im Vorfeld geprüft werden, bevor man über dem Beschluss zur Beschaffung zustimme.

Der Antragssteller antwortet, dass zuvor eine Bedarfsermittlung zusammen mit den Schulen stattfinden werde und auch nur die Tafeln beschafft werden sollen, die zwingend notwendig und bisher nicht im Digitalpakt enthalten sind. Wenn dies jetzt nicht mit in den Haushalt 2023 aufgenommen werde, können in Laufe des Jahres keine weiteren dringend benötigten Tafelsysteme angeschafft werden. An dieser Stelle könne auch noch keine genaue Tafelanzahl festgelegt werden. Sollten die Schulen bei der Bedarfsermittlung feststellen, dass die im Digitalpakt eingeplanten Tafeln ausreichen, können diese vorab nach Genehmigung der vorzeitigen Beschaffung durch das Ministerium bestellt werden. Sollten der Bedarf an Tafelsystemen jedoch höher sein als geplant, sei es die Pflicht der Gemeinde, diese unabhängig von einer möglichen Förderung zur Verfügung zu stellen. Mit der Mitteleinstellung in den Haushalt sei dies überhaupt nur möglich. Man spreche hier von kleinen Geldsummen im Vergleich zu anderen Investitionsmaßnahmen der Gemeinde. Der Beschluss besagt nur, dass die Mittel in den Haushalt eingestellt werden und nicht, dass diese Tafelsysteme sofort gekauft werden sollen. Erst nach einer vorangegangenen Bedarfsermittlung sowie einer vorherigen Prüfung der offenen Punkte durch die Verwaltung solle bzw. könne die Beschaffung durchgeführt werden.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung unterbricht die bisher geführte Diskussion und bittet nun um Abstimmung zum Antrag der UWG.

Beschluss-Nr.: 417/39/2023

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt:

Der Bürgermeister wird beauftragt, in der Haushaltsplanung 2023 Mittel für digitale Tafelsysteme für beide Grundschulen der Gemeinde Am Mellensee einzustellen, die derzeit noch nicht über den Digitalpakt eingestellt sind und von den beiden Grundschulen als aktuellen Bedarf abgefragt werden.

Pro Grundschule sollte mindestens ein Tafelsystem mit einem roll- & höhenverstellbaren Wagen eingeplant werden. Nach Haushaltsbeschluss und Geräteabstimmung mit den Schulen und der EDV-Abteilung sind diese Geräte unverzüglich zu beschaffen sowie einzurichten.

Wenn es der Sache dienlich und haushälterisch machbar ist, würde die Gemeindevertretung die bereits im Haushalt eingeplanten Mittel für die Sitzungsmikrofonanlage freigeben und dieses Projekt in den Haushaltsplan 2024 verschieben.

Abstimmungsverhältnis:

9 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

5 Enthaltungen

angenommen

Zu 16. Antrag auf BSV - Umgang mit Arbeitsaufträgen aus den Fachausschüssen und Ortsbeiräten durch die Verwaltung (UWG) – TOP wird entfernt

Dieser Tagesordnungspunkt wird entfernt.

Zu 17. Antrag auf BSV - Kreditaufnahme der Gemeinde Am Mellensee für die derzeit schon bezifferbaren Projekte des Haushaltsjahres 2023 und der kommenden Jahre (UWG)

Der Einreicher des Antrages erklärt, dass es bereits eine schriftliche Stellungnahme der Kommunalaufsicht gab, noch bevor die Beschlussvorlage fertig gestellt war. Anschließend habe er ein Gespräch mit der zuständigen Mitarbeiterin des Landkreises geführt. Deshalb sei die Kredithöhe auch nicht weiter beziffert worden. Es gehe bei dem Antrag darum, dass die Gemeinde aufgrund eines nicht ausgeglichenen Haushaltes möglicherweise in die Haushaltssicherung rutsche und man in diesem Zusammenhang ein Haushaltssicherungskonzept erarbeiten und dieses zusammen mit der Haushaltssatzung bei der Kommunalaufsicht einreichen müsse. Man könne deshalb einen Kredit aufnehmen, um gar nicht erst in die Haushaltssicherung zu rutschen. Es handle sich hierbei um einen freien Beschluss bzw. Willensbekundung.

Die Teamleiterin der Kämmerei erklärt, dass der aufzunehmende Kreditbetrag in der Haushaltssatzung festgelegt werde. Voraussetzung für die Aufnahme eines Kredites sei, dass dieser für Investitionstätigkeiten genutzt wird. Das Defizit, welches die Gemeinde haben wird, ergebe sich jedoch aus der Ergebnisrechnung, welche mit der Finanzrechnung nicht viel zu tun habe, außer dass die Kreditzinsen in der Ergebnisrechnung des Haushaltes dargestellt werden müssen. Auf Nachfrage bzgl. der Kreditfestlegung in der HH-Satzung, erklärt die Kämmerin, dass dieser Satz eine gesetzliche Vorschrift vom Land sei und demzufolge immer drinstehen müsse. Im Falle einer geplanten Kreditaufnahme ist zusätzlich die Kredithöhe mit anzugeben.

Ein Mitglied der Fraktion CDU kritisiert den zweiten Satz im vorliegenden Beschlussvorschlag der Fraktion UWG, da nicht der Bürgermeister die Kredite aufnimmt, sondern die Gemeindevertretung über eine Kreditaufnahme entscheide.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung erklärt, dass man nur den Bürgermeister als Verwaltungschef beauftragen könne. Er gibt die Aufgaben anschließend an die entsprechenden Fachteams weiter.

Der Bürgermeister erklärt kurz den Prozess zur Erstellung des Haushaltsplanes. Auf Grundlage dieses erarbeiteten Planes wird im Ergebnis eine Aussage darüber getroffen, ob eine Kreditaufnahme erforderlich ist, und falls ja in welcher Höhe und für welche Investitionsmaßnahmen. Eine mögliche Kreditaufnahme sei bisher noch nie ausgeschlossen worden. Es handle sich um eine Festlegung, die in der HH-Satzung zum Haushaltsplan der jeweiligen Haushaltsjahre festzuschreiben ist. Dies sei ausschließlich abhängig von der Notwendigkeit und nicht von der Meinung der Verwaltung. Wenn ein Kredit benötigt wird, muss dies in der entsprechenden Form erläutert und eine langfristige Bedienung der durch den Kredit verursachten Kosten sichergestellt werden. Deshalb sei der Beschluss so nicht durch die Verwaltung umsetzbar. Es sei ein ganz normaler restriktiver Vorgang, wie eine HH-Satzung zu erstellen ist.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung erklärt, dass man sich mit der vorherigen Festlegung in der HH-Satzung die Möglichkeit einer Kreditaufnahme immer ausgeschlossen habe. Es wusste jedoch niemand, dass in der HH-Satzung im Falle einer Kreditaufnahme die Kredithöhe sowie die Investitionsmaßnahmen festgehalten werden müssen.

Der Bürgermeister ergänzt, dass wenn die eingeplanten Summen im laufenden Haushalt zum Erfüllen der Aufgaben nicht mehr ausreichen, ein Nachtragshaushalt zu fertigen ist, in welchem dann die erforderliche Kreditsumme durch die Gemeindevertretung zu beschließen ist.

Aufgrund der durch den Bürgermeister getroffene Aussage bzgl. der Kreditaufnahme zieht der Antragsteller seinen Antrag zurück.

Zu 18. Diskussion über die Einführung des papierlosen Sitzungsdienstes und ggf. Erteilung des Auftrages an die Verwaltung zur Vorbereitung einer Beschlussvorlage

Aufgrund der fortgeschrittenen Sitzungszeit wird dieser Tagesordnungspunkt durch die Einreicherin auf die kommende Sitzung der Gemeindevertretung verschoben.

Zu 19. Anfragen der Mitglieder der Gemeindevertretung

Ein Mitglied der Fraktion UWG fragt nach, warum der Haushaltsplan 2022 nicht auf die Gemeindegeseite gestellt wurde.

Die Teamleiterin der Kämmerei erklärt, dass dieses bisher versäumt wurde und aufgrund von Personalmangel noch nicht umgesetzt werden konnte. Dies werde jedoch schnellstmöglich nachgeholt.

Ein Mitglied der Fraktion CDU stellt aufgrund der vergangenen negativen Vorfälle in der Gemeindevertretung die Frage, warum in der Presse Informationen aus dem nichtöffentlichen Teil einer Sitzung der Gemeindevertretung auftauchen.

Ein Mitglied der Fraktion UWG gibt den Hinweis, dass man diese Problematik auch nochmal bei den Fraktionsmitgliedern, welche nicht Mitglieder der Gemeindevertretung sind, ansprechen sollte. Möglicherweise kommen solche Informationen aus den eigenen Fraktionen bzw. Fraktionssitzungen. Die Mitglieder der Gemeindevertretung seien nach den vergangenen Vorfällen sensibilisiert.

Ein Mitglied der Fraktion UWG erkundigt sich nach dem Vorstellungstermin bzgl. der Planungen für das Pflegeheim Saalow.

Der Bürgermeister erklärt, dass er diesbezüglich eine Anfrage vom Kämmerei des Landkreises erhalten habe und er in diesem Zusammenhang darum gebeten habe, dies in diesem Gremium vorzustellen. Dieser Bitte wollte man nicht nachgekommen. Es gab lediglich ein kurzes Gespräch dazu im Büro des Bürgermeisters. Weitere Informationen dazu folgen.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung erinnert an die Anfrage an die Bauverwaltung aus der vergangenen Sitzung bzgl. der Kostenbeteiligung von potentiellen Investoren in Bezug auf die Überarbeitung des Flächennutzungsplanes. Dies sollte zwischenzeitlich rechtlich geprüft werden. Der Teamleiter der Bauverwaltung erklärt, dass man in städtebaulichen Verträgen bzw. in Folgekostenverträgen angemessene Kostenanteile für die Überarbeitung des Flächennutzungsplanes mit ansetzen könne. Dazu müsse man sich einen Umlageschlüssel erarbeiten, so dass alle Investoren gleichbehandelt werden. Es bestehe jedoch immer die Gefahr, dass diese Kosten vor Gericht angefochten werden, da sie als Unangemessen angesehen werden.

Ein Mitglied der Fraktion UWG erkundigt sich nach dem Sachstand zum geplanten Radweg Saalow-Mellensee.

Der Teamleiter der Bauverwaltung erklärt, dass es dazu ein neues Beteiligungsverfahren gebe, welches beim Landkreis gemacht werden müsse, da sich die Breite des Weges geändert hat. Die Unterlagen liegen dem Landkreis nun vor. Es ziehe sich dadurch weiter in die Länge.

Bezüglich der Gehwegsanierung in Klausdorf warte man auch immer noch auf die Stellungnahme des Landesbetriebes Straßenwesen. Nur mit dieser könne die Genehmigungsplanung beim Landkreis beantragt werden. Aufgrund von Personalengpässen könne der Landesbetrieb Straßenwesen diese Stellungnahmen auf unbestimmte Zeit nicht erarbeiten. Deshalb komme es auch hier zu weiteren Verzögerungen.

Ein Mitglied der Fraktion CDU erklärt, dass man sich an die Rechtsgrundlagen der Kommunalverfassung zu halten habe und z.B. keine rückwirkenden Beschlüsse unabhängig von der Thematik fassen sollte. Er kritisiert in diesem Zusammenhang die Vorababstimmung per Mail zu Beschlüssen der aktuellen Sitzung, was rechtlich gegen die Kommunalverfassung verstoße. Über jeden Beschluss müsse vorab debattiert werden, bevor eine Entscheidung getroffen wird. Des

Weiteren könne man nicht sichergehen, dass jedes Mitglied der Gemeindevertretung regelmäßig seine E-Mails prüft bzw. überhaupt Zugriff auf die Mails habe.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung erklärt, dass Online-Abstimmungen im Vorfeld stattfinden können, welche dann durch die Beschlüsse in den folgenden Sitzungen geheilt werden. Es handle sich eine gängige Praxis, wenn z.B. Gefahr in Verzug sei und auch keine Zeit mehr für eine Sondersitzung wäre.

Zu 20. Sonstiges

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE erinnert, wie bereits in der vergangenen Sitzung erwähnt, an die Möglichkeit, an einer Schulung (1 bis 2 Tage) bzgl. der Gesetzesänderungen in der Kommunalverfassung teilzunehmen. Da es keine Meinung dazu gibt, wird nochmal darum gebeten, dies in den einzelnen Fraktionen zu besprechen und eine Rückmeldung bis zur kommenden Sitzung zu geben.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung beantragt das Rederecht für die Teamleiterin der Kämmerei sowie dem Teamleiter der Bauverwaltung für den Beginn des nichtöffentlichen Teils der Sitzung.

Beschluss-Nr.: 418/39/2023

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt die Anwesenheit sowie das Rederecht für die Teamleiterin der Kämmerei Frau Gast sowie den Teamleiter des Bauausschusses Herrn Reetz zu Beginn des nichtöffentlichen Teils der Sitzung.

<u>Abstimmungsverhältnis:</u>	14 Ja-Stimmen	
	0 Nein-Stimmen	
	0 Enthaltungen	angenommen

Weiterhin beantragt der Vorsitzende der Gemeindevertretung die Verlängerung der Sitzungsdauer um 45 Minuten.

Beschluss-Nr.: 419/39/2023

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt die Verlängerung der Sitzungsdauer um maximal 45 Minuten.

<u>Abstimmungsverhältnis:</u>	12 Ja-Stimmen	
	1 Nein-Stimmen	
	1 Enthaltungen	angenommen

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung beendet damit den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:30 Uhr und bedankt sich bei den Gästen.

Am Mellensee, den 08.02.2023

M. Tscherwinka
Vors. der Gemeindevertretung